



Johannes Pflug

Mitglied des Deutschen Bundestages

Johannes Pflug, MdB Deutscher Bundestag UdL 50 10117 Berlin

Deutscher Bundestag

Unter den Linden 50
10117 Berlin

☎ (030) 227 73819

☎ (030) 227 78762

📠 (030) 227 76403

✉ johannes.pflug@bundestag.de

Wahlkreis

Krummacher Str. 33
47051 Duisburg

☎ (0203) 24 396

📠 (0203) 298 30 48

✉ johannes.pflug@wk.bundestag.de

Berlin, den 20. September 2007

Wo drückt der Schuh?

Sehr geehrte Frau,

danke für Ihre Anregungen im Rahmen der Aktion „Wo drückt der Schuh?“

Bezüglich Ihrer Frage nach dem Schulsystem möchte ich Sie gerne auf die Duisburger Landtagsabgeordneten verweisen, da die Kompetenzzuständigkeit für das Schulwesen beim jeweiligen Bundesland liegt.

Zu Ihrer Frage nach dem System der Rentenversicherung: Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein so genannter Generationenvertrag, das heißt, die jüngere erwerbstätige Generation zahlt ihre Beiträge ein, um damit den verdienten Lebensunterhalt der älteren Generation zu finanzieren. Die Rentenhöhe ergibt sich also nicht daraus, was man tatsächlich eingezahlt hat, sondern ist abhängig von der Entwicklung der Löhne und Gehälter zum Zeitpunkt der Pensionierung. Der Generationenvertrag funktioniert so lange gut, wie das Verhältnis von Einzahlenden und Empfängern relativ ausgeglichen ist. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden demographischen Wandels steht die gesetzliche Rentenversicherung allerdings vor großen Herausforderungen. Die zu niedrige Geburtenrate und die steigende Lebenserwartung verändern das zahlenmäßige Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenempfängern drastisch. Verantwortliche Politik muss auf diese Entwicklungen



Johannes Pflug
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 20. September 2007

reagieren und handeln, damit die Rentenversicherung für alle, insbesondere auch für zukünftige Generationen, ein verbindliches und leistungsstarkes Instrument der Alterssicherung bleibt. Obwohl es für Sie frustrierend sein mag, so ist Ihr Verzicht ein solidarischer Akt, um das Rentensystem auf längere Sicht zu stabilisieren.

Um dies zu gewährleisten, hat die Bundesregierung bereits weitere Maßnahmen getroffen, wie zum Beispiel die Anhebung der Altersgrenze für den Rentenzugang auf 67 Jahre ab 2012 und die Verkürzung der Zahldauer des Arbeitslosengeldes I. Dies sind unverrückbare Schritte, um Frühverrentungsmöglichkeiten, die immer zu Lasten der Solidargemeinschaft gehen, abzubauen.

Eine weitere Initiative, um die Rentenkassen zu entlasten, ist die Initiative 50plus. Sie soll die Erwerbsmöglichkeiten von 50jährigen und Älteren verbessern.

Die Rente mit 67 und die Initiative 50plus sind angemessene und notwendige Antworten auf die Herausforderungen, die der demographische Wandel für Gesellschaft und Arbeitswelt bringt.

Außerdem wird darauf geachtet, dass die rentennahen Jahrgänge nicht über Gebühr belastet werden, und dass den Jüngeren Perspektiven gegeben werden, um sich auf die höheren Beiträge und fehlende Rentensicherheit einzustellen.

Die Rentenentwicklungen, die sich in ihrem Falle ungünstig auswirken, sind langfristig unverzichtbar, um das Prinzip der Solidarität zwischen den Generationen aufrecht zu erhalten.

Durch eine eingeführte Schutzklausel, die Rentenkürzungen ausschließt, werden sich die aktuellen Rentenwerte in den Jahren 2007 und 2008 nicht verringern. Durch das Anziehen der Konjunktur kann außerdem mit positiven Auswirkungen auf die Entwicklungen der Rente gerechnet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pflug